

## INTERVIEW:

# “Demokratische Rechte werden beschnitten” —Kritik an der Notstandsgesetzgebung—

125 Stimmen dafür, 100 dagegen: So lautet meist das Abstimmungsergebnis, wenn sich das srilankische Parlament einmal im Monat zusammenfindet, um die Verlängerung des Ausnahmezustandes, 'emergency', zu beschließen. Diese Gesetzgebung, mit weitreichenden Konsequenzen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes (zum Beispiel die zeitlich ungrenzte Inhaftierung von Personen ohne Anklage und Gerichtsverfahren), wurde im März 1971 erstmals durch die Regierung der damaligen 'United Front' als Antwort auf die unsichere Situation und die "anarchischen Zustände", die durch den Jugendaufstand der 'Janatha Vimukthi Peramamuna' (JVP) im April desselben Jahres hervorgerufen wurden, eingeführt. Und seit dieser Zeit gelten im Land auch die 'emergency regulations', die Ausnahmegesetze - ausgenommen waren nur die Jahre zwischen 1976 und 1979 und wenige kurze Perioden danach. 'Emergency', einhergehend mit weitgefaßten Rechten für Polizei und Streitkräfte, wurde zur Regel, nicht zur Ausnahme, was von vielen Menschenrechtsorganisationen immer wieder kritisiert wurde. Die älteste Bürgerrechtsbewegung Sri Lankas, das 'Civil Rights Movement' (CRM), ist eine dieser Organisationen. Nachfolgend veröffentlichen wir ein Interview mit Rechtsanwalt Desmond Fernando, einem Mitbegründer des CRM, der immer noch aktiv in dieser Organisation tätig ist, die gegen die Verletzung der Menschenrechte auftritt. Fernando ist auch Vorsitzender der 'Bar Association of Sri Lanka', der Landesvertretung der Rechtsanwälte des Landes.

### Wie werden die Notstandsgesetze eingesetzt?

Die Notstandsgesetze sind während der letzten 19 Jahre immer wieder in Kraft gewesen. Seit 1973 sind die strengen Gesetze jedoch eigentlich nicht mehr notwendig. Sie wurden jedoch beibehalten, um Menschen schnell ins Gefängnis zu bringen. Sie wurden von den Regierungen, die seit 1971 an der Macht waren, auch eingesetzt, um beispielsweise Wahlen zu verschieben, wenn man glaubte, diese Wahlen zu verlieren. Sie wurden in Gebieten eingesetzt, in denen die Opposition an der Macht war. In diesen Fällen wurden von der Regierung die lokalen politischen Kräfte vertrieben und durch kommissarische aus ihren eigenen Reihen ersetzt. Die Notstandsgesetze wurden für vieles benutzt, was nichts mit ihrem eigentlich Sinn zu tun hatte. Einige, oder besser, fast alle Produktionsstätten wurden mehrfach in der Vergangenheit zu sogenannten "lebenswichtigen Versorgungsunternehmen" aufgewertet, um damit Aktivitäten von Gewerkschaften zu unterbinden. Selbst wenn es sehr große aktuelle Probleme im Betrieb gab, hatten die Arbeiter keine Möglichkeit, zu streiken, weil die Regierung eine Zeit ohne Streiks wollte. In den 70-er Jahren und später wieder gab es eine sehr strenge Pressezensur. Zeitungen wurden verboten, vieles konnte nicht publiziert werden.

Der Einsatz der Gesetze war ursprünglich mit dem Schutz der Demokratie gerechtfertigt worden, diente in Wirklichkeit dazu, die demokratischen Rechte zu beschnitten und wurde so zu einem Angriff auf die Demo-

kratie. Die Leute verloren den Glauben in die Demokratie.

### Welchen Einfluß hat dieser Zustand auf die gesellschaftlichen Institutionen gehabt. Wie hat er beispielsweise die Polizei verändert?

Die Polizei weiß natürlich, daß sie eine Person, die unter den Notstandsgesetzen verhaftet wurde, für länger als 24 Stunden festhalten kann. Früher konnte eine Person nicht mehr als 24 Stunden in Haft gehalten werden, ohne daß sie einem Untersuchungsrichter vorgeführt werden mußte. Sonst konnte man zum Gericht gehen und sich dort beschweren. Ein Polizeibeamter, der 1970 oder 1971 seine Laufbahn begann, erhielt den Eindruck, daß es normal ist, wenn Personen länger festgehalten werden. Auf der Polizeischule lernten sie vielleicht etwas anderes, aber die Praxis stand dagegen, weil die Notstandsgesetze fast immer in Kraft waren.

### Wie haben die Notstandsgesetze die Arbeit der Gerichte beeinflusst?

Die Gerichte bestanden in der gleichen Weise weiter wie bisher, wie z.B. das Strafgericht, aber viele Vergehen wurden auch ohne Gerichte geahndet. Ich würde nicht sagen, daß die Gerichte das normal Recht vergessen hätten, sie waren sich der Tatsache von zwei verschiedenen Rechten bewußt, im Gegensatz vielleicht zur Polizei.

Wie haben die Notstandsgesetze das Militär beeinflusst? Nicht nur die Polizei war betroffen, dem Militär wur-

den die gleichen Rechte wie der Polizei eingeräumt und es hat aufgrund der Notstandsgesetze die Macht, Personen festzunehmen. Dies geschah erstmals 1971. Aber Soldaten haben nicht die gleiche Ausbildung wie die Polizei, und sie wissen nicht, wie Festgenommene zu behandeln sind. Sie wissen nicht, wie Zivilisten zu behandeln sind. Sie haben nur Regeln, wie sie sich zu verhalten haben, wenn ihresgleichen sich falsch verhält. Durch das fehlende Wissen kommt es es zu sehr großen Problemen.

Unter normalen Umständen würde ein Polizist, wenn er eine Person verhaften will, zu einem Haftrichter gehen, um einen Haftbefehl zu beantragen. Unter den Notstandsgesetzen können Personen ohne diesen Haftbefehl festgenommen werden, und das ist sehr unbefriedigend. Oft wissen die Angehörigen dann nicht einmal, ob eine Person festgenommen wurde oder nicht. Jemand, der verhaftet wurde, kam früher in ein Gefängnis, von wo aus die Familie informiert werden konnte. Heute halten sie die Leute in der Polizeistation fest oder in Armeelagern oder irgendwo anders, und die Gefangenen haben keinerlei Rechte. Im Normalfall, wenn eine Person festgenommen wird, gibt es Regeln, die die Rechte des Gefangenen festlegen: seine Familie kann ihn besuchen, sein Rechtsanwalt kann Kontakt aufnehmen. Er hat das Recht auf drei Mahlzeiten am Tag und das Recht, daß ihm Essen von zu Hause gebracht wird. Er hat normalerweise auch das Recht, eine Zigarette zu rauchen oder Bethel zu kauen (Zigarettenersatz, bestehend aus einem Blatt und einer Nuß, d.Red.). Alle diese Rechte werden ihm durch die Sondergesetze genommen. Die Familie weiß beispielsweise unter Umständen nicht einmal, wo sich ein Angehöriger aufhält oder ob er noch lebt.

**Besteht die Möglichkeit, daß die Notstandsgesetze zu einem Teil der normalen Gesetze werden?**

Ich glaube nicht, daß alle Regelungen der Notstandsgesetzgebung zu normalen Gesetzen gemacht werden können, aber für einige Teile könnte das durchaus sein.

**Es gibt heute einige Gruppen in der Gesellschaft, die fordern, daß unsere Gesellschaft wieder entmilitarisiert werden muß, und daß die Menschenrechte und die demokratischen Rechte wieder mehr respektiert und geschützt werden müssen. Welche Schritte schlagen sie vor, damit dies verwirklicht werden kann?**

Sofort nach der Unabhängigkeit 1948 hatte man den Eindruck, daß die Polizei eine zu starke militärische Struktur bekommen hatte. 1946 wurde vom Obersten Gericht (supreme court) ein Ausschuß mit Sir Francis Soorts als Vorsitzendem eingerichtet. Er schlug vor, daß der Name 'Generalinspektor der Polizei' in 'Hauptkommissar' umgewandelt werden sollte, und daß ein Zivilist als Leiter eingesetzt werden sollte. Die Regierung ernannte Sir Richard Aluvihare. Aber er tat nichts, um die Polizei zu entmilitarisieren. Er war ein guter Verwalter, aber er tat keinen entscheidenden Schritt. Als dann Herr Bandaranaike Premierminister wurde, wollte er die Entmilitarisierung der Polizei vorantreiben und ernannte N.W. Abeykoon. Aber er war nicht

sehr erfolgreich, weil der erste Staatsstreich kurz nach seiner Ernennung kam, und die ganze Polizei in einem Chaos steckte, da sehr hohe Polizeioffiziere in den Umsturzversuch verwickelt waren. Es gab keine Möglichkeiten die Polizei zu reformieren.

Heute hat sich die Situation noch weiter entwickelt und selbst ein reiner Verwaltungsjob, wie der des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, wird von einem Soldaten besetzt. Zuerst war es Col. Dharmapala, dann General Attigala und nun ist es General Cyril Ranatunge. Alle diese Personen sehen die Sondergesetze als notwendig an. Sie sehen ein Problem nicht aus der Sicht der Gesellschaft, sondern aus der Sicht des Militärs. Sie wollen, daß ihre eigene Gruppe Macht hat.

Es sollte eine Aktion gestartet werden, um die Entmilitarisierung der Polizei zu fordern, und um einen Zivilisten als Staatssekretär im Verteidigungsministerium zu haben. Der Präsident ist Verteidigungsminister, der nicht wirklich seine Pflichten ausübt. Der politische Kopf, der stellvertretende Verteidigungsminister Ranjan Wijeratne, war früher Manager einer Teeplantage. Er ist auch kein gewähltes Mitglied des Parlamentes, was sehr unglücklich ist, da eine gewählte Person dem Verteidigungsministerium vorstehen sollte, eine Person, die die Wünsche des normalen Volkes kennt.

Ich denke, wir sollten die Ernennung eines Ombudsmann für die Polizei fordern. Wir sollten außerdem fordern, daß sich das Militär aus zivilen Angelegenheiten heraushält.

Ich möchte nicht, daß die Notstandsgesetze erweitert werden. Aber wenn diese es vorsehen, daß Personen ohne große Umstände verhaftet werden können, dann sollte es eine Regelung geben, die festlegt, was mit ihnen danach passieren soll. Es kann viele Diskriminierungen geben, wenn es nicht so ist. Wenn Bestimmungen existieren, bei denen man den Bewaffneten Kräften die Macht gibt, Personen in Haft zu halten, dann muß man auch sagen, wo diese Personen festgehalten und wie sie behandelt werden sollen.

**Sollte Ihrer Meinung nach die Notstandsgesetzgebung aufgehoben werden?**

Man muß sagen, daß es keine Notwendigkeit für die Notstandsgesetze gibt. Bei einer Aufhebung steht die Regierung jedoch vor großen praktischen Problemen. Es gibt eine große Zahl von Gefangenen, vielleicht 10.000 Personen, die unter den 'emergency'-Gesetzen in Haft sitzen. Falls die Notstandsgesetze aufgehoben werden, müßten neue Gesetze geschaffen werden, damit diese Personen in Haft gehalten werden können, da es ja für die Regierung in vielen Fällen genug Gründe gibt, diese Personen anzuklagen. Ich glaube nicht, daß es gut ist, einer Regierung Macht zu geben, die es erlaubt, Leute ohne Grund in Haft zu halten.

(leicht gekürzte Übersetzung von Maria Blettner, aus: 'justice and equality', 'Movement for interracial justice and equality' (MIRJE), Colombo)